

(Beifall bei der CDU/DA und der DSU)

Was sich gegenwärtig abspielt - meine Damen und Herren, ich muß das mit der Deutlichkeit sagen, die Kritiken sind da -, ist eine Situation, die auch dazu geführt hat, daß die Kommunen - ich sage das mit aller Sachlichkeit, die vorhanden ist - bisher kein Geld bekommen haben, auch nicht aus den Mitteln, die dem Staatsvertrag obliegen. Das liegt eigentlich auch in der Organisation und der kaderpolitischen Zusammensetzung der Organe, die dafür verantwortlich sind.

(Dr. Enkelmann, PDS: und Ihrer Minister!)

Ich muß klar erkennen und klar sagen, daß meine Partei überhaupt kein Verständnis dafür hat, wie das gegenwärtig organisiert wird, und man muß offensichtlich dann die Organisationsstrukturen entsprechend verändern. Ein solches Gesetz, wie es jetzt vorliegt, ist dafür völlig ungeeignet.

(Vereinzelt Beifall)

Ich würde, meine Damen und Herren, um jede unnütze Polemik in dieser Situation zu vermeiden, darum bitten, eine sachliche Überweisung an den Finanzausschuß vorzunehmen. Ich kann im Augenblick nicht versprechen, ob der Finanzausschuß der Volkskammer eine erneute 2. Lesung überhaupt ermöglicht. Wichtiger ist, daß das Geld und die Mittel unseren Kommunen nun endlich zukommen und keine neuen Fragen aufgeworfen werden.

Herr Kollege, Sie wollten sicherlich eine Frage stellen?

**Stellvertreter der Präsidentin Helm:**

Bitte, Herr Heuer.

**Prof. Dr. Heuer (PDS):**

Verstehe ich sie recht, daß Sie der Meinung sind, daß dieses Parlament nicht mehr die Aufgabe hat, Gesetze zu machen, sondern Kaderpolitik zu betreiben?

**Prof. Dr. Kühne (CDU/DA):**

Nein, gerade umgekehrt, wir werden die Bedingungen schaffen, um zumindest für die restlichen 4 Wochen die Bedingungen zu schaffen, damit wir die Voraussetzungen dafür schaffen, daß dann die deutsche Einheit auch auf finanzpolitischem Gebiet voll funktionsfähig ist. So wie es jetzt läuft, geht es nicht.

(Prof. Dr. Heuer, PDS: Aber dann wohl doch durch gesetzliche Regelungen? Wir können doch nur gesetzliche Regelungen machen.)

Meine Antwort lautet, Herr Kollege: Ein Überfluß gesetzlicher Regelungen, die bis zu 6 Wochen brauchen, ehe sie unten an der Basis ankommen, ist, glaube ich, gegenwärtig unangebracht. Unser Land und die Bürger brauchen Taten und keine neuen gesetzlichen Regelungen.

(Beifall bei CDU/DA)

**Stellvertreter der Präsidentin Helm:**

Herr Kühne, gestatten Sie zwei weitere Anfragen?

(Prof. Dr. Heuer, PDS: Ja, was wollen Sie denn dann hier machen, Herr Kollege, wenn Sie keine Gesetze machen wollen?)

Herr Heuer, bitte keinen Dialog. Die nächste Frage, Herr Stadermann.

**Dr. Stadermann(PDS):**

Herr Abgeordneter, Sie haben im Anschluß an den vorletzten Redner zu den Personalfragen Stellung genommen. Es wurde dort bezüglich der Regelung der Personalfragen appelliert. Wenn Sie so kategorisch Ihre Meinung äußern, beziehen Sie sich selbst in diese Einstufung mit ein? Das ist die erste Frage. Das wäre nämlich dann eine sehr große Konsequenz.

Und die zweite Frage: Ist ihnen bekannt, daß trotz des Anweisens der finanziellen Mittel die Banken die Gelder nicht freigegeben haben, deshalb die Gelder nicht gelaufen und nicht geflossen sind? Das ist nicht eine Frage der Angestellten im Bereich der Finanzen gewesen, sondern der Banken, die dort ge-

sperrt haben.

**Prof. Dr. Kühne (CDU/DA):**

Ich fange bei der letzten Frage an, weil sie sachlich bedeutsam ist: Ich stimme mit Ihnen, Herr Kollege, darin überein, daß die Art und Weise, wie die Finanzkreisläufe zwischen den Geschäftsbanken der DDR und der Bundesrepublik organisiert sind, große Verzögerungen zur Folge hat. Dieser Frage wird sich der Finanzausschuß außerordentlich widmen. Hier handelt es sich auch darum, daß in Geschäftsbanken auch entsprechende Bedingungen geschaffen werden, um einen normalen Verrechnungs- und Zahlungsverkehr durchzuführen. Wir stellen uns auch völlig diesen Aufgaben. Der Finanzausschuß der Volkskammer - und insofern würde ich auch der Opposition völlig recht geben - wird sich in der zur Verfügung stehenden Zeit diesen Aufgaben widmen, um die Mittel, die zur Verfügung gestellt sind, völlig für unsere Kommunen und Betriebe frei zu machen. Ich erkläre, daß es unser Ziel ist, dafür zu sorgen. Und deshalb war auch meine Stellungnahme zu den hiesigen gesetzlichen Bestimmungen zu präzise geprägt, um das für das Wohl unseres Landes zu machen.

**Stellvertreter der Präsidentin Helm:**

Noch eine Frage, Herr Prof. Kühne? Bitte, Herr Romberg.

**Dr. Romberg (SPD):**

Herr Prof. Kühne, haben Sie nicht den Eindruck, daß, wenn man jetzt die Bildung der Oberfinanzdirektionen verzögert und man auch auf den unteren Ebenen zum Beispiel die Ämter für Liegenschaften bzw. die entsprechenden Einrichtungen nicht gesetzlich begründet, man dann den Prozeß einer ordnungsge-  
mäßigen Entwicklung der Finanzstrukturen in Gefahr bringt? Haben Sie nicht den Eindruck, daß die Personalsituation noch schwieriger wird und daß wir uns sogar in Richtung auf chaotische Zustände entwickeln können, wenn wir nicht schnellstens die Voraussetzung dafür schaffen,

(Stellvertreter der Präsidentin Helm: Bitte etwas kürzer fassen!)

daß personalmäßig alle Voraussetzungen geschaffen werden und nicht Leute, die jetzt vielleicht noch bereit sind, in die neuen Ämter hineinzugehen, abgeschreckt werden und sich ganz andere Arbeitsmöglichkeiten suchen?

**Prof. Dr. Kühne (CDU/DA):**

Herr Dr. Romberg, wir hatten für die Lösung der von Ihnen genannten Frage zumindest vier bis sechs Wochen, wenn es hoch kommt, Zeit. Diese sechs Wochen - wenn ich das auch als Vorsitzender des Finanzausschusses dieses Hauses sagen darf - sind verstrichen. Sie wissen, das wir im Finanzausschuß diese Frage beraten haben. Es ist, gelinde gesagt, recht wenig effektiv geschehen. Ich würde sagen, daß uns neue gesetzliche Regelungen - ich erinnere an das, was wir heute morgen beschlossen haben - bis zum 3. Oktober wenig helfen, um eine solche Frage zu lösen. Die Überlegung - und ich wiederhole hier meinen grundsätzlichen Standpunkt - besteht darin, daß wir hier jene Mechanismen zu installieren haben, die mit der Übernahme des Artikels 23 des Grundgesetzes uns auch auf dem Gebiet der Finanzverwaltung eine schnelle Zuführung aller Mittel sichern, und ich habe die herzliche Bitte, daß wir hier in den Kommunen und in der Vorbereitung der Landtagswahlen dabei helfen.

(Beifall bei CDU/DA)

**Stellvertreter der Präsidentin Helm:**

Danke. Damit ist die Aussprache beendet. Das Präsidium schlägt vor, den Gesetzentwurf des Ministerrates auf Drucksache Nr. 171 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuß und zur Mitberatung an den Ausschuß für Verfassung und Verwaltungsreform, den Haushaltsausschuß und den Rechtsausschuß zu überweisen.

Wer mit diesem Überweisungsvorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? - Bei einigen Enthaltungen ohne